



Protokollauszug
zum BAUAUSSCHUSS

am Donnerstag, 05.12.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Mehrzweckhalle Oßweil - Teilsanierung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 273/24

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt die Teilsanierung der Mehrzweckhalle Oßweil mit Projektkosten in Höhe von rd. **1,5 Mio. EUR brutto** (Kostengruppe 200-600+700, inklusive Ausstattung zuzüglich 19% MwSt., Sicherheitszulage und Baupreissteigerung).
2. Für den Fall erhöhter Sanierungsaufwendungen in der Decke werden über den Betrag der Projektkosten hinaus zusätzlich rd. **300.000 EUR brutto** aus dem Gebäudeunterhalt zur Verfügung gestellt.
3. Zur Finanzierung der Photovoltaikanlage auf dem Dach der Mehrzweckhalle werden **rd. 94.000 EUR brutto** (Kostengruppe 200-600+700 brutto inkl. Sicherheitszulage und Baupreissteigerung) aus dem Investitionsprogramm für Photovoltaikanlagen bereitgestellt.
4. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich des Beschlusses des Haushalts- und Finanzplans 2025 ff. genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. In der Vergangenheit seien nur die nötigsten Reparaturarbeiten erfolgt, da man bisher von einem Abriss ausgegangen sei. Sie weist auf einen Fehler in der Präsentation (Seite 16) hin, die Inbetriebnahme sei für 10/2025 geplant.

Der Zeitplan müsse eingehalten werden, dass während der Sommermonate das Rasenspielfeld genutzt werden könne und im Jahre 2026 werde das Rasenfeld als Baustelleneinrichtung für die Maßnahme Kita benötigt, sagt BMin **Schwarz**. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Alexander** begrüßt die ressourcenschonende dringend notwendige Sanierung. Ein Neubau sei aufgrund der Haushaltslage keine Option.

Stadtrat **Lutz** sieht ebenso die Notwendigkeit. Ein Neubau sei leider nicht möglich. Er lobt die Zeitplanung.

Stadtrat **Remmele** hofft, dass man die Unterdeckenkonstruktion erhalten könne und somit die Reserve von 300.000 Euro nicht brauche. Er lobt die Teilsanierung und fragt, ob ein Ersatz der Trapezflächen sinnvoller sei.

Im Stadtteil werde man enttäuscht sein, meint Stadträtin **Liepins**, nachdem über viele Jahre eine neue Halle im Gespräch gewesen sei. Die Halle müsse dringend saniert werden. Im Sinne der PV-Anlage hofft sie auf eine lange Haltbarkeit des Daches.

Die vorgestellte Sanierung mache Sinn, sagt auch Stadtrat **Gröbner**.

Stadträtin **Knecht** fragt nach der Ermittlung der Umweltfolgekosten. Zudem will sie wissen, ob es im Sommer Hagelschäden auf dem porösen Dach gegeben habe. Weiter interessiert sie die Tragfähigkeit des Daches bei Schneelast. Sie lobt die hohe Fördersumme und wünscht eine schnelle Umsetzung.

BMin **Schwarz** dankt dem Gremium für die Zustimmung. Ein langer Erhalt des Daches sei auch aufgrund der PV-Anlage die Zielsetzung.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf die offenen Fragen ein. Der Eingriff in das Gebäude werde so gering als möglich erfolgen. Die Trapezfläche sei intakt und müsse nicht ausgetauscht werden. Sie geht auf die Ermittlung der Umweltfolgekosten und die Stromerzeugung ein. Ein Hagelschaden sei nicht auffallend, da die Kuppeln grundsätzlich sehr porös seien.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft weist auf die minimale Sanierung hin und merkt an, dass Technik, Heizung, Lüftung, Sanitär funktionstüchtig, jedoch nicht komfortabel seien. Es weist auf mögliche Schäden in den kommenden Jahren hin. Die Leimbinder werden regelmäßig geprüft, da durch Wassereintritt die Binder ihre Haftung verlieren könnten. Die Möglichkeit der PV-Anlage sei noch nicht abschließend geklärt, da der Planungsprozess noch nicht in der entsprechenden Tiefe laufe und die Halle derzeit im vollen Betrieb sei.

Nach dieser Aussprache lässt BMin **Schwarz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, geht ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft auf die Mitteilungsvorlage ein.

Die Klimaneutralität könne nicht in der geplanten Geschwindigkeit erreicht werden, dazu brauche es andere Finanzierungsmodelle, appelliert BMin **Schwarz** an übergeordnete Ebenen. Die Kommunen seien nicht in der Lage, diese Aufgaben alleine zu stemmen, wengleich man auf einem guten Weg sei. Mit der gestrigen Beschlussfassung zum Fenstertausch an der Eichendorffschule gebe es eine weitere Teilmaßnahme. Sie eröffnet die Aussprache.

Der Erhalt eines sicheren Lebensraumes für alle Menschen werde gewollt, sagt Stadtrat **Sorg**. Im Einklang mit der Pariser Klimaerklärung zur Klimaneutralität 2035, sei Ludwigsburg letztes Jahr auf einem guten Weg gewesen. Der Rückblick mit der Reduktion der Treibhausgasemission mache Hoffnung, wengleich der Ausblick düster sei. Die Verletzlichkeit des Lebensraumes zeigen die Unwetterkatastrophen auf. Die Klimafolgekosten, verursacht durch die städtischen Treibhausgasemissionen, seien sehr hoch. Mit dem gestrigen Beschluss zur Eichendorffschule habe man die energetischen Sanierungen zeitlich geschoben, obwohl diese hoch priorisiert sei. Ein Fenstertausch werde für die Senkung des Energieverbrauches nicht ausreichen. Er fragt nach den geplanten Maßnahmen zum Kulturzentrum, wie auch zum Richterturm. Bei Letzterem müsse über Nutzungsänderungen nachgedacht werden. Die Zunahme des Stromverbrauches liege auch an einer Übertechnisierung, vor allem an den Schulen. Die Nutzende müssen sensibilisiert werden. Er ärgert sich beispielsweise, wenn Räume geheizt werden und zeitgleich das Fenster gekippt sei. Wirtschaftlich sei es, auf erneuerbare Energien zu setzen und diese sparsam einsetzen. Beim nachhaltigen Bauen werde auch die sogenannte graue Energie betrachtet. In den Kläranlagen solle ebenso Lachgas und Methanemissionen bilanziert werden. Sorge bereite der konsumtive Haushalt. Der Energieverbrauch müsse reduziert und eigener PV-Strom produziert werden. Dies entlaste mittelfristig den Ergebnishaushalt, wengleich dies Investitionen bedeute. Dies sei auch im Sinne von WIN LB. Man müsse klare Prioritäten setzen und reagieren, bevor gesetzliche Verpflichtungen zur Senkung der Energieverbrauchs greifen. Er fragt, warum Fernwärme mit 0 Euro bilanziert werde, entgegen dem kommunalen Standard. Er regt an, den Energiebericht im kommenden Jahr vor den Haushaltsberatungen vorzulegen, da dieser eine wichtige Grundlage für finanzielle Entscheidungen sei. Er erinnert, dass man eine Förderung von 2 Millionen erhalten habe. Man müsse einen guten Rahmen schaffen und ambitionierte Ziele setzen. Essenziell sehe er Klimaanpassungsmaßnahmen, wengleich diese teurer als der vorbeugende Klimaschutz seien.

Ziele sollten glaubwürdig und erreichbar sein, sonst führe dies zu Politikverdrossenheit, merkt Stadtrat **Braumann** an. Er bezweifelt die realistische Umsetzung und spricht sich gegen eine Symbolpolitik aus. Das Ziel 2035 müsse neu beraten werden. Energie einzusparen und Verbräuche optimieren seien das Gebot der Stunde, auch bei öffentlichen Gebäuden, wengleich bereits große Anstrengungen unternommen werden. Das Rahmenkonzept sei gut, die

Einzelbeschlüsse können hieraus abgeleitet werden, wenngleich die konkrete Ausgestaltung offenbleiben müsse. Er fragt, ob Fördergelder zurückzuzahlen seien, sofern die Ziele nicht erreicht werden. Zur Raumtemperatur habe jeder ein unterschiedliches Empfinden und jedes Gebäude habe seine Eigenheit, wie Schimmelbildung und Brandschutz, und könne nicht pauschal geregelt werden. Er regt an, dies für die einzelnen Gebäude entsprechend darzulegen. Der Schulträger solle die Schulen zur Mitwirkung an den Programmen anweisen.

Stadtrat **Remmele** sprach sich dafür aus, das Thema Energiesparen stärker im Schulunterricht einzubinden. Junge Menschen müssen sensibilisiert werden.

Man habe bereits viel unternommen, sagt Stadträtin **Liepins**. Sie geht auf die angespannte Haushaltssituation ein. Die Klimaneutralität mit Ziel 2035 könne nicht erreicht, solle aber weiterhin angestrebt werden. Die vorhandenen Klimaveränderungen könne Deutschland nicht alleine verbessern. Klimaanpassungsmaßnahmen unter anderem Bäume, Grün, Schatten und Wasser, seien ebenso wichtig und müssen diskutiert werden. Die Technisierung an den Schulen, die einen hohen Stromverbrauch haben, sei jedoch kaum aufzuhalten und teilweise schwer händelbar. Vorbereitende Maßnahme zu Unwetterkatastrophen müssen mitgedacht werden.

Die Klimaneutralität 2035 sei aufgrund der leeren Kassen nicht möglich und müsse neue überdacht werden, sagt Stadtrat **Gröbner**.

Stadträtin **Knecht** spricht sich dafür aus, sich dem Landesziel, Klimaneutralität 2040, anzuschließen. Sie plädiert für eine stärkere Sensibilisierung der Nutzenden städtischer Gebäude. Sie regt an, die Toiletten mit Bewegungsmeldern auszustatten und einen Wettbewerb an den Schulen „Energiesparer des Jahres“ auszuloben, wenngleich dies nicht aus Haushaltsmitteln finanziert werden solle.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf das Nutzerverhalten ein und nennt viele negative Beispiele, insbesondere zu geöffneten Fenstern und gleichzeitiger Heizleistung. Sie wünscht technische Lösungen bei Lüftungsanlagen. Teilweise sei das Personal nicht ausreichend geschult.

Im Zeitraum 2016 bis 2023 haben sich die städtischen Flächen erhöht, die Nutzungsintensität der Gebäude sei angestiegen und die technische Ausstattung habe zugenommen und dennoch konnte der Stromverbrauch gehalten werden, merkt BMin **Schwarz** an. Die regenerative Stromerzeugung für die eigenen Gebäude müsse erhöht werden. Pläne für das Kulturzentrum und die weiteren priorisierten Gebäude seien aus Kostengründen nicht vorhanden, da aktuell keine Umsetzung möglich sei. Man könne nur schrittweise vorgehen. Sie rät davon ab, das Ziel 2035 neu zu diskutieren. Zudem sei Ludwigsburg eine Vorreiterkommune und habe eine Vorbildrolle. Außerdem habe man diesbezüglich einen Wettbewerb gewonnen und Fördergelder erhalten. Durch das Erkenntnis, dass auch mit Fördergeldern das Ziel nicht erreicht werden könne, habe man die Möglichkeit politisch Druck auf übergeordnete Ebenen aufzubauen und Impulse zu setzen. Heutige Nichtinvestitionen in die Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren mehr Kosten erzeugen. Die Städtebauförderung solle stärker auf die Klimaanpassung, wie Bäume, wasserdurchlässiger Belag oder Wasserrückhaltung, ausgerichtet werden. Sie lobt das Energiesparprogramm an Schulen und dem guten pädagogischen Ansatz, an dem viele Schulen aktiv mitwirken. Die Anregung zur Schulträgerschaft

hinsichtlich der Anweisung zur Mitwirkung an den Energiesparmodellen werde mitgenommen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft geht auf den Richterturm ein. Das Gebäude stehe unter Denkmalschutz und werde als Büro durch den Stadtverband für Sport genutzt. Man suche adäquate Ersatzräume. Durch die Möglichkeit des Gebäudetyps E versuche man vermehrt auf die Gebäudetechnik zu verzichten, wenngleich dies bei öffentlichen Gebäuden schwierig umzusetzen sei. Die Gebäudeleittechnik mit einer Fernauslesung sei bisher nicht in allen Gebäuden möglich. Dies müsse künftig noch ausgebaut werden. Klimaanpassung, unter anderem Dachbegründungen, habe man bei vielen Gebäuden bereits geplant und werde immer mitgedacht, wie auch Bewegungsmelder, die im Neubau Standard seien. Die Hausmeister und Nutzer werden geschult. In Neubauten und bei Sanierungen werden nur Fenster eingebaut, die nicht kippbar seien und es gebe Kontakte zu den Heizungen. Die Lüftungsanlagen werden nicht zu 100% ausgelegt und lassen ein Nachlüften zu.

Seit drei Jahren laufe ein Energiesparmodell an Schulen, federführend durch den Landkreis, wenngleich die Erfolge nicht messbar seien, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft. Er geht auf die verschiedenen Rechenansätze zur Treibhausgasemission für die Fernwärme ein. Man habe denselben Ansatz wie die Stadtwerke zugrunde gelegt, um auch die bisherigen Energieberichte vergleichbar zu machen.

Nach dieser Aussprache stellt BMin **Schwarz** die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

BMin **Schwarz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.